

Quelle Rheinische Post vom 27.11.2010
Seite 0
Ausgabe Rheinische Post Gesamtausgabe
Ressort Politik
Quellrubrik Rheinische Post Gesamtausgabe

RHEINISCHE POST

NRW-Grüne: Kein Beitrag für erstes Kindergartenjahr

Düsseldorf (RP) Die Grünen im Düsseldorf-der Landtag wollen bei der Revision des Kinderbildungsgesetzes das erste und nicht - wie von SPD geplant - das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei machen. Das sagte die kinderpolitische Sprecherin Andrea Asch dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Mit mehr Personal will die rot-grüne Koalition zudem die Situation in den Kindergärten verbessern.

© PMG Presse-Monitor GmbH

Quelle Kölner Stadt-Anzeiger vom 27.11.2010
Seite 8
Ausgabe Kölner Stadt-Anzeiger | Mantelteil aller Ausgaben
Ressort Region

Kölner Stadt-Anzeiger

"Das erste Jahr muss gratis sein"

KIBIZ Andrea Asch (Grüne) kündigt mehr Personal für die Kindergärten an - Neben Erzieherinnen auch Pflegerinnen - Ziel: Landesweite Beitragsgleichheit

VON GÜNTHER M. WIEDEMANN
Düsseldorf. "Es grenzt schon an Kindeswohlgefährdung, was sich in manchen Kindertagesstätten abspielt." Dieses harte Urteil fällt Andrea Asch, kinderpolitische Sprecherin der Grünen. Sie beruft sich auf Berichte aus Kitas, in denen eine einzige Erzieherin sich gleichzeitig um zehn Kinder unter drei Jahren kümmern muss.

Weniger Bürokratie

In fünf Regionalkonferenzen haben Regierung sowie die Koalitionsfraktionen SPD und Grüne mit Eltern, Erzieherinnen und Trägern über deren Erfahrungen mit dem 2008 eingeführten Kinderbildungsgesetz (Kibiz) gesprochen. Mit diesen Tagungen hat Rot-Grün die Revision dieses umstrittenen Gesetzes eingeleitet. Asch betont, damit praktiziere die neue Regierung ganz bewusst einen anderen Stil als die Vorgängerin; denn die habe Eltern und Beschäftigte nicht eingebunden bei den Beratungen. "Der Druck der Erzieherinnen ist so stark und die Rahmenbedingungen für die Kinder derart mangelhaft, dass wir die Revision des Gesetzes jetzt in

Angriff nehmen müssen und nicht erst 2011 damit beginnen können", sagt die Kölner Landtagsabgeordnete. Andererseits sei das Thema so komplex, dass die Überarbeitung "nicht bis Mai zu stemmen ist". Deshalb will die Koalition in mehrere Schritten vorgehen.

Bis Mai und damit rechtzeitig zum nächsten Kindergartenjahr sollen "die größten Mängel beseitigt werden". Dazu gehört neben einem Bürokratie-Abbau ("weniger Formulare") für Asch vor allem ein besserer Personalschlüssel: "In den Gruppen mit Kindern unter drei Jahren wollen wir neben Erzieherinnen auch wieder Kinderpflegerinnen einsetzen. Damit wollen wir Entlastung schaffen. Es ist unser großes Anliegen, die Qualität der Arbeit über einen besseren Personalschlüssel zu verbessern." Allerdings müsse man noch die Kommunen überzeugen, die das Personal zu einem Drittel mitfinanzieren müssen.

Zum ersten Schritt gehört für Andrea Asch auch "die Freistellung für ein Beitragsjahr" - und zwar nicht wie bisher von der SPD geplant für das letzte, sondern für das erste Kindergartenjahr, für das von 2013 an ein Rechtsanspruch gilt. Dabei geht es um Kinder zwischen drei und vier Jahren. Von denen gingen 79 Prozent in den Kindergarten. Im letzten Jahr vor der Schule seien es dage-

gen 98 Prozent. "Wir müssen die Jüngeren kriegen - und bei ihnen Anreize schaffen mit der Beitragsfreiheit." Alle Experten seien sich einig, dass frühkindliche Bildung möglichst früh einsetzen müsse - auch bei der Sprachentwicklung. "Manches kann man bei Fünfjährigen nicht mehr nachholen."

Große Spanne

Noch ist sich die Koalition aber in diesem Punkt nicht einig. Langfristig will sie den Kindergarten komplett beitragsfrei gestalten. Bis es so weit ist, soll es im Zuge der Kibiz-Revision eine Rückkehr zu landeseinheitlichen Beiträgen geben, fordert Asch. Derzeit reicht die Spanne von 700 Euro im Monat für einen U-3-Platz im Ruhrgebiet bis zu null Euro in Düsseldorf. Zu den langfristig zu lösenden Fragen gehört eine Entscheidung darüber, mit welchem Finanzierungssystem frühkindliche Bildung sichergestellt wird: Über Kopfpauschalen, wie sie das Land den Trägern zahlt, oder eine Gruppenpauschale, wie sie die Grünen vorschlagen. Die bringe, sagt Asch, "mehr Planungssicherheit für Träger und Einrichtungen".

Andrea Asch, Grüne

© PMG Presse-Monitor GmbH